Die Armut könnte deutlich reduziert werden

Autor(en): **Knupfer, Caroline**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **106 (2009)**

Heft 3

PDF erstellt am: **26.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-839929

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die Armut könnte deutlich reduziert werden

Das Jahr 2009 gilt in der bewegten schweizerischen Geschichte der Ergänzungsleistungen für Familien als Meilenstein. Auf Bundesebene wurde ein langjähriges Projekt gestoppt. In den Kantonen schiessen entsprechende Vorlagen wie Pilze aus dem Boden.

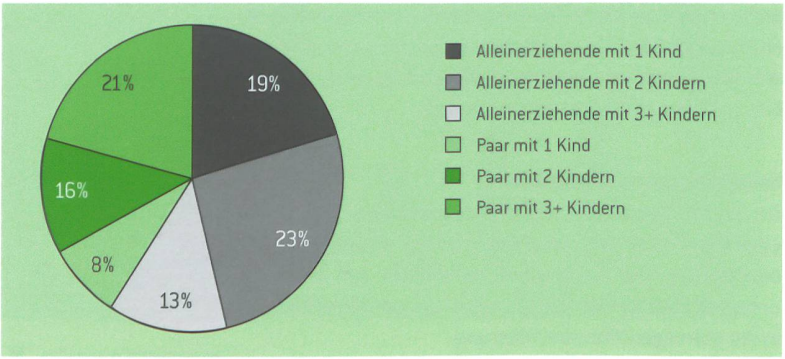
Familien, die mit knappen Mitteln haushalten müssen, würden von Ergänzungsleistungen enorm profitieren. Bild: Keystone

Seit über zehn Jahren stehen Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (Familien-EL) auf der sozial- und familienpolitischen Agenda der Schweiz. Die Verfechterinnen und Verfechter dieser Sozialleistung sehen darin ein wirksames Instrument zur Bekämpfung von Familienarmut.

Grafik 3

KINDER IN DER SOZIALHILFE

Verteilung der Kinder nach Fallstruktur in %



Quellen: BFS, Sozialhilfestatistik 2007, ESPOP 2006

Die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit hat im Verlauf der vergangenen Jahre eine Bundeslösung erarbeitet. Diese wurde jedoch in diesem Jahr – nach einem achtjährigen Prozess – sistiert. Der Vorentwurf zur Vorlage für eine bundesrechtliche Familien-EL basiert auf der parlamentarischen Initiative der Nationalrätinnen Jacqueline Fehr (SP) und Lucrezia Meier-Schatz (CVP). Er wurde 2004 in die Vernehmlassung gegeben. Nach mehrmaligem Verschieben beschloss die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats Ende 2008, dass auf den von einer Subkommission erarbeiteten Gesetzesvorschlag eingetreten werden solle. Absolut unerwartet kam im Februar 2009 der Ordnungsantrag des Schwyzer Nationalrates Reto Wehrli (CVP), der eine Sistierung der Arbeiten an diesem Geschäft verlangte. Die Kommission leistete diesem Antrag Folge. Zwar hat der Nationalrat in der Frühlingssession 2009 einer erneuten Fristverlängerung für das Geschäft zugestimmt, doch die Chancen für die Schaffung einer Bundesregelung für Familien-EL haben sich aufgrund dieser Entwicklung deutlich verschlechtert.

SOLOTHURN DARF SICH FREUEN

Nebst der Entwicklung auf Bundesebene haben in den letzten Jahren auch verschiedene Kantone Vorlagen zur

ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN FÜR FAMILIEN

Gesamtübersicht über den Stand des politischen Prozesses in den Kantonen*

	Vorstoss eingereicht	Vorstoss überwiesen	Gesetzesvorlage in Erarbeitung	Vernehmlassung	Gesetz angenommen	Gesetz umgesetzt
Hängige oder umgesetzte Projekte						
TI						Einführung 1997
SO					Volksabstimmung 05/2009	Einführung per 01/2010 geplant
GE				Eröffnet 06/2009		
BE	Auftrag an Regierungsrat durch Motion Steiner-Brütsch (EVP), überwiesen 01/2009					
FR	Auftrag gegeben durch neue Verfassung, Erarbeitung erfolgt zweite Hälfte 2009					
VD	Auftrag aufgrund von 2 Postulaten und Bericht zur Familienpolitik 2009					
ZG	Motion von Egler (SP) und Zeiter (Alternative) 06/2009					
NE	Postulat Angst (Grüne) 09/2008					
BS	Postulat Schiavi Schäppi (BastA) 03/1994					
BL	Parlamentarische Motion der SP-Fraktion 05/2009					
LU	Postulat Stadtrat, Motion Reusser (Grüne) 03/2009, Motion Mennel (SP) 05/2009					
AG	Volksinitiative SP, Unterschriftensammlung lanciert 01/2009					
SG	Motion der SP-Fraktion, 06/2009					
Sistierte Projekte						
ZH	Volksinitiative «Chancen für Kinder» gescheitert 2007					
SZ	Nach Abschluss der Vernehmlassung aus Gesetzgebungsprogramm gestrichen 2009					
JU	Vorprojekt zugunsten Bundeslösung nicht weiterverfolgt 2006					
OW	Im Parlament abgelehnt 2006					

In den Kantonen AI, AR, GL, GR, NW, SH, UR, TG, VS ist in Bezug auf die Ergänzungsleistungen für Familien nichts geplant.

*Stand Juli 2009

Schaffung von EL für Familien konzipiert (s. Tabelle oben). Hervorzuheben ist hier besonders der Kanton Solothurn. In einer kantonalen Abstimmung im Mai 2009 hat das Volk mit klarer Mehrheit ein Gesetz für Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien angenommen. Solothurner Familien mit Kindern unter sechs Jahren und tiefem Erwerbseinkommen dürfen >

> sich also glücklich schätzen: Ab Januar 2010 wird sich ihre finanzielle Situation klar verbessern. Viele Familien, die bisher Leistungen der Sozialhilfe beziehen mussten, werden abgelöst werden können. Zu den wichtigsten Bedingungen für den Leistungsbezug in Solothurn zählt ein minimales Einkommen, dessen Höhe nach Familienzusammensetzung und Alter des Kindes abgestuft ist. Die Bedingung der Erwerbstätigkeit der Eltern wird durch die Übernahme der Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung bis zu einer gesetzlich festgelegten Grenze gestützt.

Auch die im Kanton Genf geplante Gesetzesvorlage setzt auf Arbeitsanreize und löst das Problem der Kinderbetreuung über eine analoge Regelung wie Solothurn. Die Vorlage richtet sich in diesem Kanton jedoch an Familien mit Kindern bis zu 18 Jahren. Im Kanton Schwyz konnte ein entsprechendes Gesetz nicht realisiert werden. Ein sich in der Vernehmlassung befindender Vorschlag zur Schaffung von Familien-EL wurde 2009 aus dem Gesetzgebungsprozess gekippt.

TESSIN HAT VORREITERROLLE

Die Idee der Familien-EL geht auf den Kanton Tessin zurück, der als Pionier im Jahr 1996 zwei Formen von Ergänzungsleistungen geschaffen hat: Die Kleinkinderzulage («Assegno di prima infanzia»), die den Lebensbedarf von Familien mit Kindern unter drei Jahren deckt, und die Ergänzungsleistungen («Assegno integrativo»), die für die Sicherung des Unterhalts des Kindes bis zum Erreichen seines 15. Altersjahrs gedacht sind. Dank diesen Leistungen konnte der Südkanton das Problem der Familienarmut deutlich entschärfen. Der auf Bundesebene lancierte Vorentwurf stützte sich auf das Tessiner Modell, obwohl ein stärkerer Akzent auf erwerbstätige Eltern gelegt wurde.

Vergleicht man die verschiedenen kantonalen Vorlagen, ihre Anspruchskriterien, die jeweiligen Leistungshöhen und -bemessungen, stellt man bemerkenswerte interkantonale Unterschiede in der Ausgestaltung der Familien-EL fest. Diese Entwicklung muss mit einem gewissen Bedauern beobachtet werden, da sie unter einkommensschwachen Familien in der Schweiz zu neuen Ungleichheiten führen wird. ■

Caroline Knupfer
Fachbereichsleiterin Grundlagen der SKOS

SKOS BIETET EXPERTISEN AN

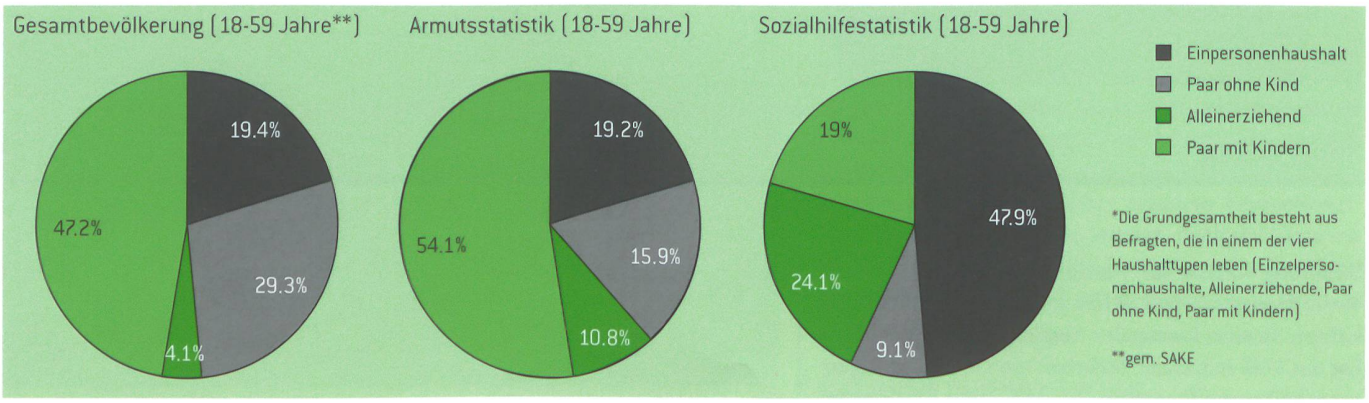
Die SKOS stellt den Kantonen gerne ihr Expertenwissen im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Familien-EL zur Verfügung. Die Auswirkungen der Gesetzesvorlagen in Schwyz und Solothurn auf die verfügbaren Einkommen wurden bereits simuliert. Zudem verfügt die SKOS über einen detaillierten Vergleich der verschiedenen kantonalen Vorlagen.

Siehe auch S. 18
«SKOS-Studien bewegen die Sozialpolitik»

Grafik 4

ARMUTS- UND SOZIALHILFEBEVÖLKERUNG NACH HAUSHALTSTYPEN

Zusammensetzung im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung 2006 in %



Quellen: BFS, Sozialhilfestatistik 2007, ESPOP 2006

Alle Grafiken und Tabellen: Franziska Ehrler